

Niederschrift

über die **24. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark**

(Sitzung Nr. 3/2019)

am Dienstag, 14.05.2019, um 19:30 Uhr
in Halle Urberach (Mehrzweckraum), Am Schellbusch 1

Anwesend sind:

Herr Roland Kern
Herr Jörg Rotter
Herr Hans Gensert
Frau Anna-Monika Gierszewski
Herr Hans-Peter Hente
Herr Werner Popp
Herr Manfred Rädlein
Frau Mona Reusch
Herr Michael Uhe-Wilhelm
Frau Karin von der Lüche
Herr Sven Sulzmann
Frau Brigitte Beldermann
Frau Annette Böffinger
Frau Martina Brehm
Herr Jürgen Breslein
Herr Reimund Butz
Frau Nina Daum
Frau Valeska Donners
Frau Adrienne Erkelenz
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Gerl
Herr Dr. Alexander Görlich
Herr Gerd Gries
Herr Klaus Hartmann
Herr Ralph Hartung
Herr Hidir Karademir
Herr Oliver Kempf
Herr Tobias Kruger
Herr Siegfried Kupczok

Frau Christiane Lotz
Herr Jürgen Menckhoff
Herr Gerhard Schickel
Herr Herbert Schneider
Frau Isabelle Schrod
Herr Peter Schröder
Frau Andrea Schülner
Herr Norbert Schultheis
Herr Michael Spieß
Herr Hans Sulzmann
Herr Gerd Weber
Herr Jochen Weiland
Herr Dr. Rüdiger Werner
Herr Jochen Zeller
Frau Zahide Demiral
Herr Bernd Koop
Frau Susanne Morian
Herr Günter Bihn

Es fehlen:

Frau Stefanie Arnheiter
Frau Jutta Catta
Frau Perihan Demirdöven
Herr Samuel Diekmann
Herr Franz Keck
Herr Aaron von Soosten-Höllings
Frau Sandra Mahuletz

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zuhörer:

24

Tagesordnung:

- TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- TOP 2 Mitteilungen des Magistrats
- TOP 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 3.1 Anfrage der Fraktion FWR: Südlink über Urberach (P43 mod)
Vorlage: FWR/0109/19
- TOP 3.2 Anfrage der FDP-Fraktion: Finanzielle Gleichstellung von Tagespflegekräften
Vorlage: FDP/0110/19
- TOP 3.3 Anfrage der FDP-Fraktion: Schäden im Stadtwald durch Dürre und Stürme
Vorlage: FDP/0111/19
- TOP 4 Beschlussfassung über die Gültigkeit der Direktwahl des Bürgermeisters am 24. März 2019
Vorlage: VO/0094/19
- TOP 5 Einrichtung eines Wahlvorbereitungsausschusses zur Neubesetzung der Stelle der/des Ersten Stadträtin/Stadtrates der Stadt Rödermark
Vorlage: VO/0095/19
- TOP 6 Antrag auf Versetzung in den Ruhestand aus besonderen Gründen
Vorlage: VO/0106/19
- TOP 7 Neuwahl des/der Ortsgerichtsvorstehers/Ortsgerichtsvorsteherin für das Ortsgericht Rödermark II (Urberach)
Vorlage: VO/0096/19
- TOP 8 Vergabe für den Bau und den Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung im Rahmen eines Erbbaupachtvertrages auf der Grundlage eines Interessenbekundungsverfahrens
Vorlage: VO/0075_1/19
- TOP 8.1 Ergänzung: Vergabe für den Bau und den Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung im Rahmen eines Erbbaupachtvertrages auf der Grundlage eines Interessenbekundungsverfahrens
Vorlage: CAL/0124/19
- TOP 9 Bundesverkehrswegeplan 2030; hier: Ortsumfahrung Urberach
Vorlage: VO/0105/19
- TOP 10 Grundstücksverfügung im Bereich Kapellenstraße 3, 5 und 7
Vorlage: VO/0099/19
- TOP 11 Änderung der "Satzung über die Stellplatzpflicht sowie die Gestaltung, Größe und Zahl der Stellplätze oder Garagen, Abstellplätze für Fahrräder und die Ablösung der Stellplätze für Kraftfahrzeuge der Stadt Rödermark" (Stellplatzsatzung)
Vorlage: VO/0090_2/19
- TOP 12 Änderung der Entwässerungssatzung
Vorlage: VO/0091/19
- TOP 13 Stadtumbau in Hessen/ Gesamtmaßnahme "Ortskern Ober-Roden", Zukunft Stadtgrün/ Gesamtmaßnahme "Urberach -Nord"
Beschluss des "Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts" (ISEK)

gemäß § 171 b Abs.2 Baugesetzbuch
Vorlage: VO/0089/19

- TOP 14 Zukunft Stadtgrün/ Gesamtmaßnahme "Urberach-Nord"
Beschluss der räumlichen Abgrenzung des Maßnahmegebiets "Urberach-Nord" gemäß § 171 b Abs. 1 Baugesetzbuch i.V.m. Punkt 5.2 der "Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung" (RiLiSE) vom 02.10.2017.
Vorlage: VO/0092/19
- TOP 15 Stadtumbau in Hessen/ Gesamtmaßnahme "Ortskern Ober-Roden"
Beschluss der räumlichen Abgrenzung des Stadtumbaugebiets "Ortskern Ober-Roden" gemäß § 171 b Abs. 1 Baugesetzbuch i.V.m. Punkt 5.2 der "Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung" (RiLiSE) vom 02.10.2017.
Vorlage: VO/0093/19
- TOP 16 B35 Vorhabenbezogener Bebauungsplan/ Vorhaben- und Erschließungsplan "Erweiterung Hotel Odenwaldblick"
Behandlung und Abwägung der Stellungnahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch
Vorlage: VO/0102_1/19
- TOP 17 B35 Vorhabenbezogener Bebauungsplan/ Vorhaben- und Erschließungsplan "Erweiterung Hotel Odenwaldblick"
Beschluss über die öffentliche Auslegung
Vorlage: VO/0103_1/19
- TOP 18 Übertragung des Grundstücks Ricarda-Huch-Straße 2A
aus dem Anlagevermögen der Kommunalen Betriebe in das Anlagevermögen der Stadt Rödermark
Vorlage: VO/0086/19
- TOP 19 Ermittlung der Abfallgebühren für die Jahre 2018 und 2019
Vorlage: VO/0085/19
- TOP 20 Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes "Kommunale Betriebe der Stadt Rödermark"
Vorlage: VO/0033/19
- TOP 21 Antrag der SPD-Fraktion: Entwicklung eines Baugebietes in S-Bahnnähe
Vorlage: SPD/0217/18
- TOP 22 Antrag der SPD-Fraktion: Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in der Region
Vorlage: SPD/0108/19
- TOP 23 Gesamtfortschreibung Regionaler Flächennutzungsplan - RegFNP 2020
Vorlage: VO/0114_1/19
- TOP 24.1 Neufassung: Antrag "Flächenmeldungen der Stadt Rödermark im Zuge des Verfahrens zur Erstellung des Regionalen Flächennutzungsplans 2020" (vormals Vorlage FDP/0149/18)
Vorlage: FDP/0123/19
- TOP 25 Antrag der FDP-Fraktion: Dem Erziehermangel vorausschauend und effektiv entgegenwirken
Vorlage: FDP/0112/19

Protokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 1 **Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann berichtet, dass der Stadtverordnete der Fraktion AL/Grüne, Herr Hans-Jürgen Daum, mit Schreiben vom 05. Mai 2019 gegenüber dem Wahlleiter die Niederlegung seines Mandates erklärt hat.

Somit ist Frau Annette Böffinger die nächste noch nicht berufene Bewerberin des Wahlvorschlags der Fraktion AL/Grüne. Der Wahlleiter hat daraufhin das Nachrücken von Frau Böffinger festgestellt.

Herr Sulzmann begrüßt Frau Böffinger abermals in diesem Gremium und weist darauf hin, dass Sie verpflichtet ist an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilzunehmen.

Sie wird um Verschwiegenheit (§ 24 HGO) gebeten und darum ersucht, bei einem Widerstreit der Interessen (§ 25 HGO) dies anzuzeigen und bei entsprechend zu behandelnden Punkten an Beratung und Abstimmung nicht teilzunehmen

Feststellung der Tagesordnung:

Im Ältestenrat wurde folgende Empfehlung ausgesprochen:

TOP 5, 10, 18, 19 und 20 Die Tagesordnungspunkte sollen, gemäß der Empfehlung des Ältestenrates, **unter TO A** abgestimmt werden.

TOP 4, 8, 9,11,12, 13, 14, 15, 16 und 17 Die Tagesordnungspunkte sollen, gemäß der Empfehlung des Ältestenrates **ohne Aussprache** abgestimmt werden.

TOP 6 Der dem Tagesordnungspunkt zugrunde liegende Antrag wurde von Herrn Bürgermeister Kern für gegenstandslos erklärt, weil für eventuell noch erforderliche Entscheidungen nach dem Hessischen Beamtengesetz die Zuständigkeit des Magistrates gegeben wäre. Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann hat darauf hin, am 13.05.2019, TOP 6 von der Tagesordnung genommen.

TOP 23 und 24.1 TOP 23 wird zum interfraktionellen Antrag umgewandelt und TOP 24.1 geht darin auf. Dieser wird somit gegenstandslos.

TOP 25

Der Antrag wird in einen Berichtsantrag umgewandelt und demnächst in einer Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Integration und Kultur behandelt.

In der Folge lässt der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann über die Tagesordnungspunkte **TOP 5, 10, 18, 19 und 20 unter TO A** abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (3)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers:

Der Stadtverordnetenvorsteher bitte die Anwesenden, sich in ihrem Terminkalender den folgenden Termin vorzumerken.

Am Mittwoch den 26. Juni 2019 wird in der Kulturhalle Rödermark im Rahmen einer Stadtverordnetenversammlung Herr Bürgermeister Kern verabschiedet sowie Herr Rotter in das Amt des Bürgermeisters eingeführt werden. Ebenso findet in diesem Rahmen die Amtseinführung des/der am 18. Juni 2019 zu wählenden Ersten Stadtrates / Ersten Stadträtin statt.

In der Folge berichtet Herr Sulzmann, dass es seit der letzten Stadtverordnetenversammlung einen Geburtstag gab:

05. April

Dr. Rüdiger Werner (49)

Er gratuliert Herrn Dr. Werner im Namen des gesamten Hauses nachträglich recht herzlich zu seinem Geburtstag.

Auf den Tischen ausgelegt finden die Stadtverordneten vor:

- Austauschvorlage zu TOP 7 „Neuwahl des/der Ortsgerichtsvorstehers/Ortsgerichtsvorsteherin für das Ortsgericht Rödermark II (Urberach)“ – VO/0096/19
- Austauschvorlage zu TOP 8 „Vergabe für den Bau und den Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung im Rahmen eines Erbbaupachtvertrages auf der Grundlage eines Interessenbekundungsverfahrens“ – VO/0075_1/19
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und Fraktion AL/Die Grünen - TOP 8.1 „Vergabe für den Bau und den Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung im Rahmen eines Erbbaupachtvertrages auf der Grundlage eines Interessenbekundungsverfahrens“ (CAL/0124/19)
- Austauschvorlage zu TOP 12 „Änderung der Entwässerungssatzung“ – VO/0091/19

- Austauschvorlage zu TOP 16 „B35 Vorhabenbezogener Bebauungsplan / Vorhaben- und Erschließungsplan „Erweiterung Hotel Odenwaldblick“ Behandlung und Abwägung der Stellungnahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch – VO/0102_1/19
- Austauschvorlage zu TOP 17 „B35 Vorhabenbezogener Bebauungsplan / Vorhaben- und Erschließungsplan „Erweiterung Hotel Odenwaldblick“ Beschluss über die öffentliche Auslegung – VO/0103_1/19
- Austauschvorlage zu TOP 19 „Ermittlung der Abfallgebühren für die Jahre 2018 und 2019 – VO/0085/19
- Austauschvorlage zu TOP 20 „Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes „Kommunale Betriebe der Stadt Rödermark“ – VO/0033/19
- Austauschvorlage und Austauschanlage zu TOP 23 „Gesamtfortschreibung Regionaler Flächennutzungsplan – RegFNP 2020 – Vorlage VO/0114_1/19
- Änderungsantrag TOP 24.1 „Flächenmeldung der Stadt Rödermark im Zuge des Verfahrens zur Erstellung des Regionalen Flächennutzungsplan 2020“

Ebenso liegen auf den Tischen Informationsmaterial und Webeprodukte zur Europawahl 2019 des Europabüros Frankfurt am Main aus.

TOP zu 2

Mitteilungen des Magistrats

Die Mitteilungen des Magistrats werden durch Herrn Bürgermeister Kern verlesen. Sie sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

zu 3

Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1

Anfrage der Fraktion FWR: Südlink über Urberach (P43 mod) Vorlage: FWR/0109/19

Bürgermeister Kern gibt mündliche Ausführungen zu der Thematik. Die schriftliche Beantwortung wird an die Fraktionsvorsitzenden verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

zu 3.2 Anfrage der FDP-Fraktion: Finanzielle Gleichstellung von Tagespflegekräften
Vorlage: FDP/0110/19

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage demnächst schriftlich erfolgen wird.

zu 3.3 Anfrage der FDP-Fraktion: Schäden im Stadtwald durch Dürre und Stürme
Vorlage: FDP/0111/19

Die schriftliche Beantwortung wird an die Fraktionsvorsitzenden verteilt und dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

zu 4 Beschlussfassung über die Gültigkeit der Direktwahl des Bürgermeisters am 24. März 2019
Vorlage: VO/0094/19

Die Vorlage wird vereinbarungsgemäß ohne Aussprache abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt die Gültigkeit der Direktwahl des Bürgermeisters vom 24. März 2019.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

zu 5 Einrichtung eines Wahlvorbereitungsausschusses zur Neubesetzung der Stelle der/des Ersten Stadträtin/Stadtrates der Stadt Rödermark
Vorlage: VO/0095/19

Die Abstimmung des Tagesordnungspunktes erfolgt unter TO A.

Beschlussvorschlag:

Die Neuwahl der/des Ersten Stadträtin/Stadtrates soll am 18. Juni 2019 durchgeführt werden.

Zur Vorbereitung der Wahl wird gemäß § 42 Absatz 2 HGO ein Wahlvorbereitungsausschuss eingesetzt.

Die Anzahl der Ausschussmitglieder beträgt 11. Es gilt das Benennungsverfahren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 6 Antrag auf Versetzung in den Ruhestand aus besonderen Gründen
Vorlage: VO/0106/19

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

zu 7 Neuwahl des/der Ortsgerichtsvorstehers/Ortsgerichtsvorsteherin für das
Ortsgericht Rödermark II (Urberach)
Vorlage: VO/0096/19

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert darüber, dass die Fraktion „Freie Wähler Rödermark“ Herr Wendelin Huber als Kandidaten für das Amt des Ortsgerichtsvorstehers vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag wurde einvernehmlich durch den Ältestenrat befürwortet.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass die Wahl gemäß den Bestimmungen des § 7 OrtsGG in Verbindung mit § 55 HGO als Mehrheitswahl durchzuführen ist. Die Wahl kann – wenn niemand widerspricht – in offener Abstimmung erfolgen. Zur Wahl bedarf es der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten, also mindestens 20 Stimmen.

Nachdem niemand widerspricht, lässt der Stadtverordnetenvorsteher offen abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Direktor des Amtsgerichts Langen die Ernennung von **Herrn Wendelin Huber** zum Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Rödermark II (Urberach) vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig gewählt

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 8 Vergabe für den Bau und den Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung im
Rahmen eines Erbbaupachtvertrages auf der Grundlage eines Interessenbe-
kundungsverfahrens
Vorlage: VO/0075_1/19

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann berichtet, dass gemäß der Verein-

barung im Ältestenrat der letzte Satz des Beschlussvorschlages um den Zusatz – *insbesondere geförderten* – erweitert werden soll.

Nach weiteren Erläuterungen durch Ersten Stadtrat Rotter lässt der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann ohne Aussprache über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Bau und die Trägerschaft für eine Kinderbetreuungseinrichtung mit 75-Ü3 und 36 U3-Plätzen, auf dem Gelände ehemaligen Kita in der Lessingstraße, werden an die Bethanien-Diakonissen-Stiftung vergeben.

Das Grundstück soll im Rahmen eines Erbbaupachtvertrages vergeben werden, um das städtische Eigentum zu sichern.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Investor bei der Beantragung der investiven Förderung aus Bundes- und Landesmitteln zu unterstützen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zum gegebenen Zeitpunkt einen Vertrag und einen Finanzplan mit dem Träger für den Betrieb der Einrichtung vorzubereiten und dem Magistrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Schaffung von – insbesondere geförderten - Wohnraum wird bei der Umsetzung der Baumaßnahme geprüft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

zu 8.1 Ergänzung: Vergabe für den Bau und den Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung im Rahmen eines Erbbaupachtvertrages auf der Grundlage eines Interessenbekundungsverfahrens
Vorlage: CAL/0124/19

Nach Abänderung des Beschlussvorschlages zu TOP 8 wurde der Ergänzungsantrag durch die antragstellenden Fraktionen zurückgezogen.

zu 9 Bundesverkehrswegeplan 2030; hier: Ortsumfahrung Urberach
Vorlage: VO/0105/19

Bürgermeister Kern berichtet über den aktuellen Sachstand. Im Anschluss lässt der Stadtverordnetenvorsteher ohne weitere Aussprache über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Rödermark fordert das Land Hessen auf, in die förmliche Planung für eine Ortsumfahrung Urberach im Zuge des Bundesverkehrswegeplans 2030 einzutreten.
2. Zum Einstieg in eine möglichst frühe Bürgerbeteiligung wird die Stadt Rödermark die Realisierbarkeit und nachbarliche Verträglichkeit der sogenannten K/L-Trasse als gleichberechtigte Planungsvariante durch eine ergänzende gutachterliche Untersuchung darstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 10 Grundstücksverfügung im Bereich Kapellenstraße 3, 5 und 7 Vorlage: VO/0099/19

Die Abstimmung des Tagesordnungspunktes erfolgt unter TO A.

Beschlussvorschlag:

Ergänzend zur Beschlussfassung vom 19.02.2019 – VO/0017/19 – wird im Rahmen des Bauvorhabens der Frank Immobilien GmbH in der Kapellenstraße 3, 5 und 7 folgender Ergänzungs- bzw. Änderungsbeschluss gefasst:

- Die Frank Immobilien GmbH überträgt keine Teilfläche aus den Grundstücken Gemarkung Ober-Roden Flur 7 Flurstücke 7 und 8 an die Stadt Rödermark.
- Die Frank Immobilien GmbH zahlt an die Stadt Rödermark einen Ausgleichsbetrag von insgesamt 148.600 €, statt 38.200 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 11 Änderung der "Satzung über die Stellplatzpflicht sowie die Gestaltung, Größe und Zahl der Stellplätze oder Garagen, Abstellplätze für Fahrräder und die Ablösung der Stellplätze für Kraftfahrzeuge der Stadt Rödermark" (Stellplatzsatzung) Vorlage: VO/0090_2/19

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Aussprache abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die nachfolgende Satzung zur Änderung der „Satzung über die Stellplatzpflicht sowie die Gestaltung, Größe und Zahl der Stellplätze oder Garagen, Abstellplätze für Fahrräder und die Ablösung der Stellplätze für Kraftfahrzeuge der Stadt Rödermark“, Neufassung – Stavo-Beschluss v. 16.09.2003 – In Kraft seit 26.09.2003, 1. Änderung – Stavo-Beschluss v. 07.12.2016 – In Kraft seit 01.01.2017 gemäß dem beigefügten Entwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD 5, FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

**zu 12 Änderung der Entwässerungssatzung
Vorlage: VO/0091/19**

Die Abstimmung des Tagesordnungspunktes erfolgt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung der Entwässerungs-satzung der Stadt Rödermark gemäß dem vorliegenden Entwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (3), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: FWR (1)

**zu 13 Stadtumbau in Hessen/ Gesamtmaßnahme "Ortskern Ober-Roden", Zu-
kunft Stadtgrün/ Gesamtmaßnahme "Urberach -Nord"
Beschluss des "Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts" (ISEK)
gemäß § 171 b Abs.2 Baugesetzbuch
Vorlage: VO/0089/19**

Die Tagesordnungspunkte TOP 13 bis TOP 15 werden gemeinsam aufgerufen.

Bürgermeister Kern erläutert einführend das im Rahmen der Städtebauförderprogramme „Stadtumbau in Hessen“ durchgeführte „Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept“ (ISEK) sowie die geplanten Gebietsabgrenzungen für die beiden Fördergebiete.

Im Anschluss lässt der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann über die Tagesordnungspunkte 13, 14 und 15 ohne Aussprache abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Mit dem Entwurf des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts für die Gesamtmaßnahmen „Ortskern Ober-Roden“ (Stadtumbau in Hessen) und „Urberach-Nord“ (Zukunft Stadtgrün) vom April 2019 sowie den darin beschriebenen Einzelmaßnahmen einschließlich Kosten- und Finanzierungsübersicht besteht Einverständnis.

1. Mit der Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange besteht Einverständnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark beschließt das „Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept“ (ISEK) gemäß § 171 b Abs.2 Baugesetzbuch i.V.m. Punkt 5.3 der "Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung" (RiLiSE) vom 02.10.2017.

Über die in den betreffenden Haushaltsjahren bereitzustellenden Finanzmittel entscheidet die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen.

Die jährliche Antragstellung beim Fördermittelgeber erfolgt im Anschluss durch Beschluss des Magistrats.

Das ergänzte Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept einschließlich aller erforderlichen Beschlüsse ist dem Fördermittelgeber fristgerecht bis zum 14.06.2019 zu übergeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

zu 14

Zukunft Stadtgrün/ Gesamtmaßnahme "Urberach-Nord"
Beschluss der räumlichen Abgrenzung des Maßnahmengebiets "Urberach-Nord" gemäß § 171 b Abs. 1 Baugesetzbuch i.V.m. Punkt 5.2 der "Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung" (RiLiSE) vom 02.10.2017.
Vorlage: VO/0092/19

Beschlussvorschlag:

Mit der vorgeschlagenen Gebietsabgrenzung für das Maßnahmengebiet „Urberach-Nord“ besteht Einverständnis.

Die räumliche Abgrenzung des Maßnahmengebiets „Urberach-Nord“ wird gemäß § 171 b Abs. 1 Baugesetzbuch beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

- zu 15 **Stadtumbau in Hessen/ Gesamtmaßnahme "Ortskern Ober-Roden"**
Beschluss der räumlichen Abgrenzung des Stadtumbaugebiets "Ortskern Ober-Roden" gemäß § 171 b Abs. 1 Baugesetzbuch i.V.m. Punkt 5.2 der "Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung" (RiLiSE) vom 02.10.2017.
Vorlage: VO/0093/19

Beschlussvorschlag:

Mit der vorgeschlagenen Gebietsabgrenzung für das Stadtumbaugebiet „Ortskern Ober-Roden“ besteht Einverständnis.

Die räumliche Abgrenzung des Stadtumbaugebiets „Ortskern Ober-Roden“ wird gemäß § 171 b Abs. 1 Baugesetzbuch beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

- zu 16 **B35 Vorhabenbezogener Bebauungsplan/ Vorhaben- und Erschließungsplan "Erweiterung Hotel Odenwaldblick"**
Behandlung und Abwägung der Stellungnahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch
Vorlage: VO/0102_1/19

Aufgrund eines Widerstreites der Interessen verlässt Stadtrat Gensert gemäß § 25 HGO vor dem Aufruf der Tagesordnungspunkte TOP 16 und TOP 17 den Sitzungssaal.

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann ruft im Anschluss die Tagesordnungspunkte 16 und 17 gemeinsam zur Abstimmung ohne Aussprache auf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Stellungnahmen und Äußerungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie eines Bürgers zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Äußerungen gemäß der in der Anlage „Ab-

wägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)“ vom 16.04.2019 gemäß den dort genannten Beschlussvorschlägen, mit Ausnahme der Beschlussvorschläge zu den Punkten 5.13, 7.2 sowie 16.3 einschließlich den jeweiligen Erläuterungen.

Die Beschlussfassung zu Punkt 5.13 wird folgendermaßen geändert:

Die Ausführungen des Kreisausschusses des Kreises Offenbach im Zusammenhang mit der Kompensation der durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffe in Natur und Landschaft werden dahingehend aufgegriffen, dass in der Begründung ausgeführt wird, dass das im Rahmen der Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung ermittelte Defizit durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der Gemarkung Urberach sowie gegebenenfalls durch Inanspruchnahme des Ökokontos der Hessischen Landgesellschaft mbH ausgeglichen wird.

Die Beschlussfassung zu Punkt 7.2 wird folgendermaßen geändert:

Die Ausführung des Kreisausschusses des Hochtaunuskreises im Themenbereich Eingriff-/ Ausgleich bzw. Kompensation in der mit der Planung in Verbindung stehenden Eingriffen in Natur und Landschaft werden zum Anlass genommen eine Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung zu erstellen. Das im Rahmen dieser Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung ermittelte Defizit soll durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der Gemarkung Urberach sowie gegebenenfalls durch Inanspruchnahme des Ökokontos der Hessischen Landgesellschaft mbH ausgeglichen werden.

Die Beschlussfassung zu Punkt 16.3 wird folgendermaßen geändert:

Die Anregung des NABU Kreisverbandes, den naturschutzrechtlichen Ausgleich im Umkreis von 500 m zum Plangebiet durchzuführen bedingt keine Änderung der Planung. Vonseiten des Vorhabenträgers als auch vonseiten der Stadt wird weiterhin nach geeigneten Flächen gesucht. Bisher scheiterte deren Inanspruchnahme an der fehlenden Verfügbarkeit. Es ist aber vorgesehen, den Ausgleich der durch den Bebauungsplan ermöglichten Eingriffe in Natur und Landschaft durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der Gemarkung Urberach sowie gegebenenfalls über die Inanspruchnahme des Ökopunktekontos der Hessischen Landgesellschaft mbH abzugelten.

Sofern geeignete Flächen innerhalb der Gemarkung Urberach gefunden werden und für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stehen, ist gegebenenfalls der Bebauungsplanentwurf, die Begründung sowie die Anlagen entsprechend anzupassen. Die Regelungen zur Umsetzung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger erfolgen innerhalb des Durchführungsvertrags.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

**zu 17 B35 Vorhabenbezogener Bebauungsplan/ Vorhaben- und Erschließungsplan
"Erweiterung Hotel Odenwaldblick"
Beschluss über die öffentliche Auslegung
Vorlage: VO/0103_1/19**

Beschlussvorschlag:

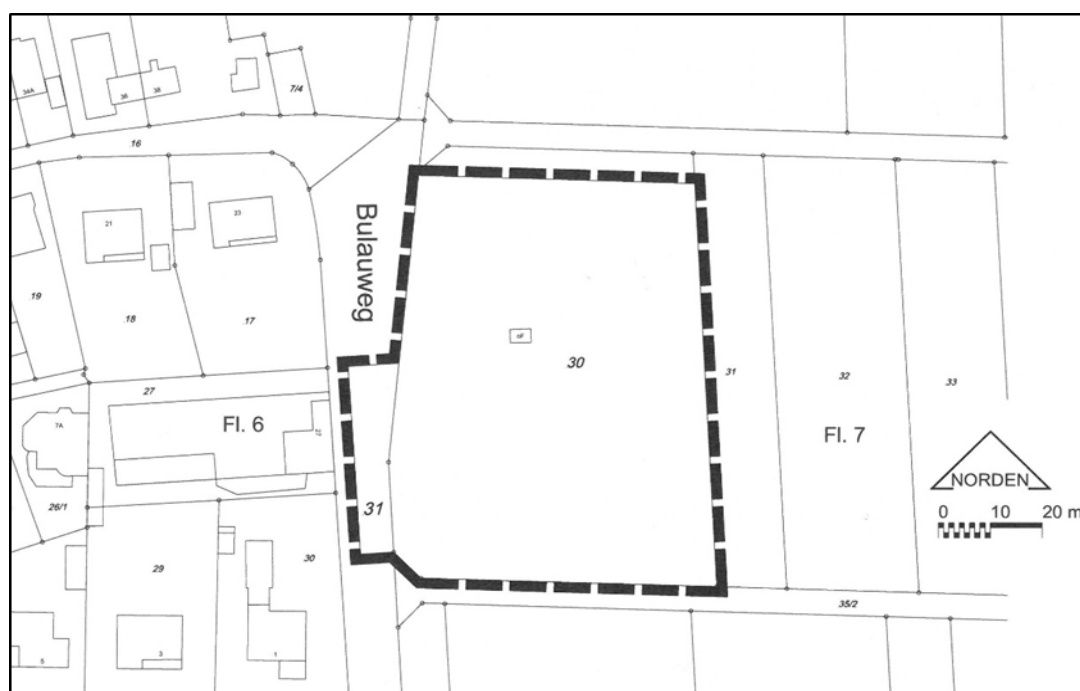
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die öffentliche Auslegung des Vorhabenbezogenen Bauleitplanentwurfs/ Vorhaben- und Erschließungsplan

„Erweiterung Hotel Odenwaldblick“ nebst Begründung (mit Umweltbericht) sowie den vorliegenden wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634).

Grundlage dieses Beschlusses sind der Entwurf vom März 2019 und die Beschlüsse über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden sowie die Stellungnahme des Bürgers.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Urberach Flur 7, Nr. 30 (teilweise) sowie das Flurstück Fl. 6 Nr. 31 (teilweise).

Die genaue Abgrenzung kann der nachfolgenden Karte entnommen werden.



Der naturschutzrechtliche Ausgleich soll im Umkreis zum geplanten Vorhaben innerhalb der Gemarkung Urberach realisiert werden (z.B. Obstbaumpflanzung entlang des Bulauwegs und des Zilliggartens). Bis zum Satzungsbeschluss ist ein Maßnahmenplan im Benehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Nach der Abstimmung zu TOP 17 nimmt Stadtrat Gensert wieder an der Stadtverordnetenversammlung teil.

**zu 18 Übertragung des Grundstücks Ricarda-Huch-Straße 2A
 aus dem Anlagevermögen der Kommunalen Betriebe in das Anlagevermögen der Stadt Rödermark
 Vorlage: VO/0086/19**

Die Abstimmung des Tagesordnungspunktes erfolgt unter TO A.

Beschlussvorschlag:

Die Grundstücke Gemarkung Ober-Roden Flur 2 Flurstück 272/001 mit 2.556 m² und Flur 2 Flurstück 273/001 mit 1.334 m², Ricarda-Huch-Straße 2A werden zum 01.07.2019 aus dem Anlagevermögen der Kommunalen Betriebe in das Anlagevermögen der Stadt Rödermark übertragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

**zu 19 Ermittlung der Abfallgebühren für die Jahre 2018 und 2019
 Vorlage: VO/0085/19**

Die Abstimmung des Tagesordnungspunktes erfolgt unter TO A.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Abfallgebühr für die Jahre 2018 bis 2019 unverändert wie folgt zu belassen:

Gefäß- volumen		
	Grund- gebühr	Leistungs- gebühr
Liter	EUR/Ja hr	EUR/Lee- rung
60	93,12	7,16
80	124,16	9,55
120	186,24	14,33
240	372,47	28,65
1.100	1.707,1 6	131,32
50 (Sack)		6,00

Gebühr für die Zusatzbehältervolumen beim Bioabfallgefäß: 0,40 EUR je Liter

Eine Anpassung der Gebührenmaßstäbe und -sätze in der Abfallsatzung ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 20 Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes "Kommunale Betriebe der Stadt Rödermark"
Vorlage: VO/0033/19

Die Abstimmung des Tagesordnungspunktes erfolgt unter TO A.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Firma Schüllermann und Partner, Dreieich mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebes „Kommunale Betriebe Rödermark“ zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (12), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 21 Antrag der SPD-Fraktion: Entwicklung eines Baugebietes in S-Bahnnähe
Vorlage: SPD/0217/18

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann ruft die Tagesordnungspunkte 21 und 22 gemeinsam zur Beratung auf.

Für die antragstellende SPD-Fraktion begründet Herr Weber die Anträge. In der Folge geben alle Fraktionen sowie anschließend Bürgermeister Kern Stellungnahmen ab.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung zu den Anträgen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, durch ein Gutachten klären zu lassen, welche ökologischen Sachverhalte der Ausweisung eines Baugebietes südlich der Dreieichbahnstrecke im Anschluss an die Bebauung Ober-Rodens entgegenstehen und durch welche Maßnahmen in diesem Bereich ein Ausgleich der Eingriffe möglich ist.

Auf der Grundlage des Gutachtens soll ein Baugebiet in der Größe von ca. 20 ha - incl. der Ausgleichsflächen - zügig entwickelt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung:	SPD (5), FWR (2)
Ablehnung:	CDU (12), AL/Die Grünen (8), FDP (4)
Enthaltung:	FWR (2)

zu 22 Antrag der SPD-Fraktion: Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in der Region
Vorlage: SPD/0108/19

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, umgehend die Ausweisung eines Baugebietes mit mindestens 11 ha Nettobaufläche vorzubereiten und die dazu nötigen Beschlussvorlagen in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Dabei sind die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Grundsätze zur Ausweisung neuer Baugebiete zu beachten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung:	SPD (5), FWR (2)
Ablehnung:	CDU (12), AL/Die Grünen (8)
Enthaltung:	FWR (2), FDP (4)

zu 23 Gesamtfortschreibung Regionaler Flächennutzungsplan - RegFNP 2020
Vorlage: VO/0114_1/19

Der Tagesordnungspunkt 23 wird mit mehrheitlichem Einvernehmen vor den Tagesordnungspunkten TOP 21 und 22 aufgerufen.
Die Vorlage des Magistrates wurde inhaltlich angepasst und in der Folge zu einem interfraktionellen Antrag.
Nach einführenden Erläuterungen durch Bürgermeister Kern und Stellungnahmen aller Fraktionen lässt der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann über den interfraktionellen Antrag inkl. Magistratsvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, bei den Gemeindegesprächen im Rahmen des kommunalen Beteiligungsverfahrens zur Erstellung des neuen regionalen Flächennutzungsplans (Reg-FNP) 2020 nachstehend näher bezeichnete Flächenbedarfe für bauliche und gewerbliche Nutzungen an den Regionalverband FrankfurtRheinMain anzumelden und zu vertreten.

Die bis heute nicht beplanten Entwicklungsflächen des aktuell gültigen Reg-FNP 2010 sollen komplett übernommen werden. Zusätzlich dazu soll der neue Reg-FNP 2020 für Rödermark mindestens 35 ha neue Flächen (d.h. Flächen, die im aktuell gültigen Reg-FNP noch nicht ausgewiesen sind) für Wohnbauentwicklung und mindestens 25 ha neue, zusätzliche Flächen für Gewerbeentwicklung bereitstellen. Als Basis zur grundsätzlichen räumlichen Verortung dieser neuen Entwicklungsflächen soll die entsprechende Ausarbeitung der Bauverwaltung der Stadt Rödermark dienen (Anlage zu VO/0114/19 neu)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU (11), AL/Die Grünen (8), SPD (5), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

**zu 24.1 Neufassung: Antrag "Flächenmeldungen der Stadt Rödermark im Zuge des Verfahrens zur Erstellung des Regionalen Flächennutzungsplans 2020" (vormals Vorlage FDP/0149/18)
Vorlage: FDP/0123/19**

Der Antrag wurde zurückgenommen. Dieser wird durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 23 ersetzt.

**zu 25 Antrag der FDP-Fraktion: Dem Erziehermangel vorausschauend und effektiv entgegenwirken
Vorlage: FDP/0112/19**

Der Antrag wird gemäß der Erklärung der FDP-Fraktion, Herr Kruger, in einen Berichtsantrag umgewandelt. Dieser soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Integration und Kultur behandelt werden.

Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

Für die Richtigkeit:

Susanne Morian
Schriftführerin

Sven Sulzmann
Stadtverordnetenvorsteher